

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

„Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ ablehnen - verkehrspolitische Geisterfahrt beenden

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag lehnt eine „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ auf Bundesebene ab.
2. Der Landtag lehnt Privatisierungen im Bereich der Straßeninfrastruktur ab und erteilt Finanzierungsmodellen über Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) eine deutliche Absage.
3. Der Landtag lehnt die geplante PKW-Maut ab.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich am 14. Oktober 2016 auf eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 geeinigt. Das Verhandlungspaket beinhaltet dabei eine Reform der Bundesauftragsverwaltung mit dem Fokus auf Bundesautobahnen und Übernahme in die Bundesverwaltung (übrige Bundesfernstraßen opt out). Das Grundgesetz wäre dafür zu ändern. Nach bisherigem Stand soll eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft Verkehr eingesetzt werden. Über eine Beteiligung privater Investoren an solch einer Gesellschaft wird heftig gestritten. Wir lehnen eine solche Infrastrukturgesellschaft ab und wollen die Auftragsverwaltung für die Länder erhalten.